

An den Landrat  
des Rhein-Kreises Neuss  
Herrn Hans-Jürgen Petrauschke  
landrat@rhein-kreis-neuss.de  
Kreisverwaltung

Donnerstag, 20. Mai 2021

### Sitzung des Kreistags am 30. Juni 2021

## Antrag: Jugendkreistag im Rhein-Kreis Neuss einrichten

Sehr geehrter Herr Landrat Petrauschke,

die Kreistagsfraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD bitten Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten **Sitzung des Kreistages am 30. Juni 2021** zu setzen.

### Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, dass ein Jugendparlament im Rhein-Kreis Neuss eingerichtet werden soll, welches über ein Antragsrecht für den Kreistag sowie ein Anfragerecht an die Kreisverwaltung verfügen soll.

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung, ein Konzept für die Umsetzung eines Jugendparlaments im Rhein-Kreis Neuss zu entwerfen und dem zuständigen Ausschuss zur Verfügung zu stellen. Die Verwaltung wird dazu gebeten, die Wünsche und Rückmeldungen aus einem breiten und vielfältigen Spektrum der für die Jugendarbeit zuständigen Institutionen, aller Schulen sowie der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter zwischen 12 und 21 Jahren im Rhein-Kreis Neuss abzufragen und bei der Konzeptentwicklung zu berücksichtigen.

### Begründung:

Viele junge Menschen engagieren sich politisch, um die Forderungen nach Entfaltung, Mitwirkung und Mitentscheidung endlich vorantreiben und verwirklichen zu können.

Derzeit fehlt es leider an wirksamen Partizipationsmöglichkeiten für junge Menschen, um ihre Ideen und Forderungen artikulieren und in den politischen Prozess einfließen lassen zu können.

Hier kommt der Rhein-Kreis Neuss seiner Verantwortung nach, indem er jungen Menschen durch die Einrichtung eines Jugendparlaments eine institutionalisierte Stimme in der Politik – und damit in der Gestaltung und Entwicklung unserer Region – gibt. Insbesondere in Bezug

auf wegweisende Zukunftsentscheidungen, die den Rhein-Kreis Neuss für viele Generationen prägen werden – wie z.B. der im Zuge des Ausstiegs aus der Braunkohleverstromung eingeleitete Strukturwandel, der den Energiesektor sowie die Wirtschafts-, Arbeits- und Konsumwelt in unserer Region nachhaltig gestalten wird –, ist eine generationengerechte Beteiligung im politischen Entscheidungsfindungsprozess ein erheblicher Beitrag zu unserer modernen und vitalen liberalen Demokratie und sichert so den intergenerationalen sozialen Frieden.

Junge Menschen, die auch in Zukunft mit den Folgen der aktuellen politischen Entscheidungen leben werden, sollten schon heute an diesen demokratischen Prozessen mitwirken. Diese kommunalpolitische Jugendbeteiligung kann bestmöglich durch ein Jugendparlament – den „Jugendkreistag“ – mit einem Antragsrecht für den Kreistag und einem Anfragerecht an die Kreisverwaltung verwirklicht werden.

Die Umsetzung des Jugendparlaments soll partizipativ, im Zusammenspiel mit den verschiedenen relevanten Akteur\*innen der Jugendarbeit und in enger Abstimmung mit jungen Menschen im Kreis, erfolgen. Wichtig ist, dass die pluralistischen Wünsche, Interessen und Perspektiven der Akteur\*innen in der Jugendarbeit sowie der jungen Menschen in unserer heterogenen und vielfältigen Gesellschaft bei der Ausgestaltung der Konzeptentwicklung Gehör finden und berücksichtigt werden. Das Jugendparlament soll die Vielfalt und Diversität unserer modernen und offenen demokratischen jungen Gesellschaft repräsentieren.

Die Verwaltung soll die Einschätzungen und Präferenzen der gesellschaftlichen Akteur\*innen und der jungen Menschen zu den Modalitäten des „Jugendkreistags“ – z.B. zur Altersspanne seiner Mitglieder – abfragen und bei der Konzepterstellung berücksichtigen.

Zudem soll das Konzept einen Vorschlag für die avisierte Größe – also die (Mindest-)Anzahl der Mitglieder – des Jugendparlaments enthalten.

Mit freundlichen Grüßen



Simon Rock  
- Fraktionsvorsitzender (GRÜNE) -



Udo Bartsch  
- Fraktionsvorsitzender (SPD) -

gez. Elias Ackburally  
- Kreistagsabgeordneter (GRÜNE) -